

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
16. März 2009

Beginn der Sitzung: 18:40 Uhr
Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Evangelischer Gemeindesaal Sitzung

Abwicklung der Tagesordnung:

31.

Ausbau Grenzübergang Rheinbrücke und 3. Spur B 34: Vorstellung der Umbaupläne durch die Straßenbauverwaltung

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Belz vom Referat Straßenbau des Regierungspräsidiums, der die aktuelle Planung für den Knotenpunkt am Grenzübergang Rheinbrücke und für den dreispurigen Ausbau der B 34 vorstellt. Herr Belz kündigt an, dass die Offenlegung für den dreispurigen Ausbau nach den Osterferien erfolge; das Verfahren für den Knotenpunkt habe man zeitlich etwas zurückgenommen, da zunächst die Belange des Zolls zu klären seien.

In der weiteren Beratung werden nachfolgende Fragen gestellt:

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion: Wie können das Gasthaus Fährhaus und die Autovermietung Hezel von Waldshut aus angefahren werden?

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion: Wie kommt man vom Gasthaus Fährhaus in Richtung Tiengen?

Stadtrat Jürgen Paul, FW-Fraktion: Wie kommt man von der Kupferschmidstraße in Richtung Tiengen?

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion: Wie ist die Verkehrsführung während der Bauphase? Werden die Buslinien durch den Gewerbepark geführt?

Peter Kienzler antwortet, dass die SBG bereits eine Buslinie durch den Gewerbepark führe; schnellere Busverbindungen mit Anschlüssen zur Bahn oder zu anderen Buslinien müssten laut SBG auf der B 34 bleiben.

Stadtrat Gerd Jacobshaben, CDU-Fraktion, ergänzt, dass der Bus von Waldshut in Richtung Gurtweil nach Schließung der Einfahrt zur Kupferschmidstraße über die neue Verbindungsstraße geführt werden müsse.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, hält anstelle der von Herrn Belz angekündigten Fußgängerampel im Bereich der Ausfahrt Gewerbepark-West eine Unterführung für sinnvoller.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, meint, dass es die sog. „schnelle“ Busverbindung nur in Richtung Waldshut geben könne, da die Busse in Richtung Tiengen den dortigen Bahnhof gar nicht mehr anfahren würden. Demnach könnten sämtliche Busse aus dieser Richtung durch den Gewerbepark geführt werden – die Bushaltestelle auf der Südseite der B 34 und somit auch die Fußgängerampel könnten dann entfallen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, bei der SBG diesbezüglich nachzufragen. Er möchte eine Abstimmung darüber, ob der Gemeinderat Bushaltestellen auf beiden Seiten der B 34 haben möchte.

Herr Belz hält eine Signalanlage bei der Ausfahrt Gewerbepark-West aufgrund des Verkehrsaufkommens für die Sicherheit der Fußgänger und der in den Gewerbepark aus Richtung Waldshut einbiegenden Linksabbieger für unverzichtbar. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit sehe er keine Möglichkeit für den Bau einer Unterführung. Da die Signalanlage verkehrsabhängig gesteuert würde, sehe er diese nicht als problematisch an.

Stadträtin Döbele regt an, auf den Linksabbieger an dieser Stelle ganz zu verzichten.

Oberbürgermeister Albers schlägt vor, zu bauen wie von Herrn Belz vorgeschlagen und die mit der SBG zu klärenden Punkte zurückzustellen. Die Fußgängerampel würde seines Erachtens auch für andere Personengruppen, z.B. Polizei mit Hundestaffel, benötigt.

Stadtrat Kurt Reckermann, CDU-Fraktion, regt an, für die Querung des Verkehrs in Richtung Tiengen die zweite Spur nach dem Linksabbieger für eine Überquerungshilfe zu verwenden und lediglich für die restlichen beiden Spuren eine Fußgängerampel anzubringen.

Herr Belz erklärt, dass er diese Möglichkeit aus Sicherheitsgründen nicht empfehle – letztendlich würde jedoch die Verkehrsbehörde darüber entscheiden.

Oberbürgermeister Albers lässt über die nachfolgenden Punkte abstimmen:

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Linksabbiegeverkehr aus Richtung Waldshut in den Gewerbepark Hochrhein bei der Ausfahrt West nicht zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 6 Ja-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

2. Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass im Bereich der Ausfahrt Gewerbepark-West auch eine Bushaltestelle südlich der Bundesstraße angelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

Die Frage von Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, ob die Wendemöglichkeit beim Zoll für Fahrzeuge die aus Richtung Tiengen in den Schlachthof einbiegen möchten, auch für Fahrzeuge mit Anhänger funktionieren würde, wird von Herrn Belz bejaht.

Herr Belz erläutert außerdem die Planung für den Knotenpunkt am Grenzübergang Rheinbrücke und kündigt an, dass nach Fertigstellung des Entwurfs als nächster Schritt die Träger öffentlicher Belange angehört würden.

32.

Kindergartenbedarfsplan: Beschluss Fortschreibung 2008/2009

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für 2008/2009 die Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplans der Stadt Waldshut-Tiengen gemäß beigefügter Sitzungsvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

33.

**Neubau Kindertagesstätte „Forsthof“:
Vergabe von Bauarbeiten**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zur Ausführung der Schreinerarbeiten für den Neubau der Kindertagesstätte „Forsthof“ an die günstigste Bieterin, die Firma Gantert, Eggingen, zum Angebotspreis von brutto 96.713,07 € zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

34.

Straßenverkehrsangelegenheiten:

a) Überquerungshilfe Brückenstraße beim neuen Geschäftshaus

Nach kurzer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung den Auftrag für die dauerhafte Einrichtung der Überquerungshilfe an der Brückenstraße zwischen Famila-Markt und neuem Geschäftshaus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

b) Verkehrsregelung auf der Kolpingbrücke

Peter Kienzler erläutert die vorgesehenen Sanierungsarbeiten an den Auffahr-Rampen der Eisenbahnbrücke mit den Folgen, dass während der Bauphase eine Ampelregelung erfolge und in dieser Zeit auch keine Fußgängerquerung auf der Brücke möglich sei. Die Maßnahmen seien für die Zeit in den Sommerferien vorgesehen und würden voraussichtlich darüber hinaus andauern. Im Zuge dieser Sanierungsarbeiten habe man dem Bund vorgeschlagen, die verschiedenen Verkehrsbeziehungen auf der Südseite der Brücke mittels eines Kreisverkehrs zu bündeln, da es an dieser Stelle häufig zu Unfällen und gefährlichen Situationen käme. Der Bund würde diesen Vorschlag derzeit überprüfen.

Der Oberbürgermeister stellt einstimmige Zustimmung zur Anlegung eines Kreisverkehrs an dieser Stelle fest.

c) Bewirtschaftung Kurzzeitparkplätze beim Bahnhof Waldshut

Peter Kienzler erläutert die Sitzungsvorlage und weist auf das Problem hin, dass die Kurzzeitplätze trotz Parkscheibenpflicht häufig von Dauerparkern belegt seien; Kontrollen durch die Stadt seien bisher nicht durchgeführt worden. Als Alternativen schlägt er die Einführung einer Parkscheibenpflicht mit einer Höchstparkdauer von 1 Stunde im

¼-Stunden-Takt und die Einrichtung weiterer Parkplätze auf dem Gelände des stillgelegten Gleises 4 vor.

Nach weiterer Erörterung schlägt Oberbürgermeister Albers vor, die Entscheidung über die Erweiterung des Parkplatzes bis zur Entscheidung über den Kreisverkehr auf der Eisenbahnbrücke zurückzustellen und bis dahin übergangsweise Parkscheinplicht mit einer Höchstparkdauer von 30 Minuten und 10 Cent je ¼-Stunde Parkgebühr zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Bewirtschaftung der Kurzzeitparkplätze beim Bahnhof Waldshut durch Einführung einer Parkscheinplicht mit einer Höchstparkdauer von 30 Minuten und eine Parkgebühr von 10 Cent je 15 Minuten.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

35.

Investitionsprogramm des Bundes: Sachstand

Oberbürgermeister Albers informiert über das Konjunkturprogramm des Bundes, wonach auf die Stadt Waldshut-Tiengen 1,7 Mio. € entfallen würden. Die Zuschusshöhe würde bei 75 % liegen. Die Voraussetzung, dass es sich um zusätzliche Maßnahmen handle, würde sich nach den Finanzdaten 2010/2011 richten, aus denen ersichtlich sein müsse, dass zusätzlich investiert werde. Eine Doppelförderung sei ausgeschlossen. Er kündigt an, dass die Sparkasse zu einer Informationsveranstaltung am kommenden Donnerstag eingeladen habe und schlägt vor, diese abzuwarten und in der Gemeinderatssitzung am 6. April zu beschließen, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

36.

Südschwarzwald-Radwanderweg: mündlicher Bericht

Erik Pitzschel erläutert die verschiedenen durch Waldshut-Tiengen führenden Radwege und deren momentane Beschilderung. Er stellt ferner ein mögliches neues Beschilderungskonzept vor, bei dem die einzelnen Radwanderwege kombiniert und nach einem einheitlichen System beschildert werden könnten. An dieses Konzept sollte sich dann auch das Innerstädtische Hinweissystem anschließen.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, regt an, im Bereich zwischen Engel-Apotheke und Eingang des Krankenhauses Rad- und Gehweg zu trennen.

Peter Kienzler meint hierzu, dass im Zuge der vorgestellten Maßnahme die Radfahrer in Richtung Wallgrabenstraße auf die Straße geführt werden sollen.

Oberbürgermeister Albers meint hierzu, dass die Änderung dieser Beschilderung vom Landkreis vorgenommen werden soll.

Stadtrat Erwin Schlegel, CDU-Fraktion, regt in diesem Zusammenhang an, überall dort, wo Baumaßnahmen durchgeführt würden, die Randsteine auf Niveau 0 zu setzen, wie dies zum Beispiel in den Gemeinden Lauchringen und Griesen auch gemacht worden sei.

Tiefbauamtsleiter Hubert Binninger meint hierzu, dass wegen der Wasserführung eine Randsteinhöhe von 1 cm notwendig sei.

Der Oberbürgermeister beauftragt das Tiefbauamt, sich diesbezüglich Gedanken zu machen.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, möchte, dass die Radwege grundsätzlich durch die Innenstädte führen.

Der Oberbürgermeister meint, dass die Radwege gleichberechtigt durch die Innenstädte und entlang des Rheines bzw. der Wutach geführt werden sollten und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, an den Landkreis die Bitte zu richten, das Beschilderungskonzept so zu gestalten, dass Radwanderer gleichberechtigt durch die Innenstädte und über die überörtlichen Radwanderwege geführt werden.

Abstimmungsergebnis: Bei 5 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

37.

Neuausrichtung der Kinder- und Jugendkommission:

Beschluss

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Neuorganisation der Kinder- und Jugendkommission wie in beigefügter Sitzungsvorlage dargestellt zu. Nach den Kommunalwahlen 2009 wird mit dem neuen Gemeinderat auch die neue Kinder- und Jugendkommission einberufen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

38.

Schulsozialarbeit an der Heinrich-Hansjakob-Schule

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt außerplanmäßig eine Teilzeit-Stelle für die Schulsozialarbeit und beauftragt die Verwaltung, die Stelle umgehend für eine Arbeitsaufnahme ab Juni 2009 auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

39.

**150 Jahre Eisenbahnstrecke Turgi/CH – Koblenz/CH – Waldshut:
Zuschuss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorgeschlagenen Zuschuss in Höhe von 2.000 € aus Verfügungsmitteln des Stadtmarketings zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Kurt Benda, CDU-Fraktion, gibt den Hinweis, dass Herr Siegfried Scheel aus Tiengen hierzu historische Fotos zur Verfügung stellen könne.

40.

Arbeitsprogramm 2009

Oberbürgermeister Albers vertagt diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung am 6. April.

41.

Spenden

Oberbürgermeister Albers beantragt gemäß Empfehlung des Verwaltungs- und Sozialausschusses die Genehmigung zur Vermittlung einer Spende an den Weltladen Tiengen durch die Sparkasse Hochrhein für die Anschaffung einer Verkaufstheke.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Vermittlung einer Spende an den Weltladen Tiengen durch die Sparkasse Hochrhein für die Anschaffung einer Verkaufstheke.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

42.

Bekanntgaben

Eilentscheidung

Oberbürgermeister Albers gibt die Vergabe der Heizungsarbeiten für die Sanierung der Wohngebäude Kaitlestraße 1 und 3 an die einzigste Bieterin, Firma Tröndle, Waldshut-Tiengen im Wege der Eilentscheidung bekannt.

43.

Verschiedenes

Einweihung Vereinsräume DRK Tiengen

Oberbürgermeister Albers berichtet über die Einweihung der Vereinsräume des DRK-Ortsvereins Tiengen, bei der seitens des Kreisverbands bestätigt worden sei, dass das DRK Tiengen im Vergleich zu anderen Ortsvereinen gut untergebracht sei.

Stadtführung für Neubürger

Oberbürgermeister Albers berichtet über die erste Stadtführung für Neubürger, bei der 27 Personen teilgenommen hätten – davon 2/3 neu Zugezogene und auch Bürger aus Küssaberg und Dogern.

badenova

Oberbürgermeister Albers informiert über die Absicht der badenova, Anteile der Thüga (Thüringer Gas AG) zu erwerben und kündigt dieses Thema für die nächste Gemeinderatssitzung an.

Waffenrecht

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf einen Presseartikel zur Praxis des Waffenrechts im Zusammenhang mit dem Amoklauf in Winnenden, bei dem der städtische Waffensachbearbeiter mit den Worten zitiert worden sei, dass ohne besonderen Anlass Kontrollen nicht notwendig wären. Er möchte wissen, ob dies die offizielle Haltung der Stadt sei und fordert außerdem, dass die Stadt zusammen mit dem Landkreis ein Konzept entwickle, wonach unangekündigte Stichproben vorgenommen würden. Falls hierzu eine Gesetzesänderung notwendig sei, beantragt er, auf diese hinzuwirken und dieses Anliegen an die Abgeordneten heranzutragen.

Oberbürgermeister Albers fasst zusammen, dass dieser Antrag folgendermaßen lauten müsste: „Der Gemeinderat fordert von der Bundesregierung, das Waffengesetz dahingehend zu ändern, dass den Behörden jederzeit unangekündigte Kontrollen erlaubt sind.“ Es selbst spricht sich gegen eine solche Änderung aus. N

Nach weiterer Erörterung schlägt der Oberbürgermeister vor, dieses Thema auf die nächste Sitzung zu vertagen und stellt hierzu Zustimmung fest.

Stadtrat Jürgen Paul, FW-Fraktion, regt hierzu an, dass sich die Verwaltung bei Neuanträgen auf Waffenbesitzkarten Nachweise über das Vorhandensein von Waffenschränken, z.B. Rechnungen, vorlegen lasse.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die Verwaltung prüft, ob solche Nachweise verlangt werden könnten.

44.

Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.